

**Ausgewählte Zitate aus den Statements
zur 1. Nationalen Konferenz
„Für die Rechte des Kindes“
unter dem Motto:
„Vorrang für Kinderrechte“**

**anlässlich 20 Jahre UN-Kinderrechtskonvention
am 20. November 2009 in Berlin¹**

¹ Die vorabingereichten Statements der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 1. Nationalen Konferenz sowie weiterer angefragter Persönlichkeiten werden im Frühjahr 2010 im Rahmen einer Dokumentation zur Veranstaltung veröffentlicht. Die Ergebnisse der Konferenz werden dokumentiert.

Die National Coalition wird die Regierungen in Bund und Ländern, die politischen Parteien sowie die gesellschaftlichen Gruppen über die Ergebnisse der Konferenz informieren und deren Umsetzung auf allen Verantwortungsebenen kritisch begleiten.

Mit besonderer Unterstützung von:



Mit finanzieller Beteiligung von:

- Bundesarbeitsgemeinschaft Kind und Krankenhaus e.V.
- Deutsche Beamtenschaft Jugend
- Deutsche Liga für das Kind e.V.
- Deutsches Rotes Kreuz e.V.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- Gesellschaft der Kinderkrankenhäuser und Kinderabteilungen in Deutschland e.V.
- Kindemohilfe e.V.
- Save the Children Deutschland e.V.



Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, ehem. Präsident des Wuppertal-Instituts: „Wir leben zu sehr auf Kosten unserer Kinder und Kindeskinde. Wir verändern das Klima und die Umwelt in bedenklichem Umfang. Wir verschulden den Staat viel zu hoch. Wir setzen unsere eigenen Kinder einem scheußlichen Konkurrenzkampf um Chancen und Arbeitsplätze aus und stopfen zuviel konkurrenzrelevantes Wissen in sie hinein. Es ist an der Zeit, die Rechte der Kinder endlich ganz oben auf die politische Agenda zu bringen. Das Kernproblem ist die systematische Zerstörung oder Aushöhlung der Chancen der nächsten und der danach folgenden Generationen.“

Jutta Almendinger, Soziologin, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung: „Wir brauchen qualitativ hochwertige und unentgeltliche frühkindliche Bildungs- und Betreuungsangebote. Wir brauchen Ganztagschulen mit Personal, das auch sozialpädagogisch geschult ist. [...] „Jedes Kind hat das Recht auf eine individuelle Förderung und Bildung – und zwar unabhängig von seiner Herkunft. Wollen wir Kindern dieses Recht geben, dann müssen wir viel entschlossener früh ansetzen und bedingungslos versuchen, alle Kinder so lange wie möglich in der Schule mitzunehmen.“

Jasmin Astaki-Bardeh und Julika Pranter-Weber, G8-UNICEF: „Kinderarmut in Deutschland gewinnt immer mehr an Bedeutung. Jedes 6. Kind in Deutschland ist von Armut bedroht. [...] Die Hartz IV Sätze für Kinder müssen erhöht werden, damit jedes Kind in Deutschland die Möglichkeit bekommt sich auf kultureller und sozialer Ebene zu integrieren und weiterzubilden.“

Dr. Petra Bahr, Kulturbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland: „Besonders für Kinder mit Flüchtlingsstatus muss, allen schulgesetzlichen und ausländerrechtlichen Hürden zum Trotz, ein Zugang zur Schule ermöglicht werden. Solange Schulen zur Meldung an die Ausländerbehörden verpflichtet sind, schrecken Eltern ohne Aufenthaltsstatus davor zurück, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Die Einschränkung der Übermittlungspflicht wäre ein kluges Instrument zur Bewährung des Kinderrechts auf Bildung in unserer Gesellschaft.“

Oliver Bierhoff, Manager der deutschen Fußball-Nationalmannschaft, Unicef-Botschafter: „[...]„Bildung“ ist das Megathema dieses neuen Jahrtausends. Sie ist der Schlüssel zu Zukunft, zu Perspektive, zu Lebensqualität. Deshalb müssen die Zugangshürden zur „Ressource Bildung“ niedrig gehalten werden, transparent und nachvollziehbar – für ALLE.“

Ekin Deligöz, MdB: „Kinderrechte sollen endlich ihren Platz in der Verfassung bekommen. Diese Aufwertung würde ihre Wirkung nicht verfehlen. Die Botschaft: Kinder sind gegenüber Erwachsenen gleichberechtigte Subjekte mit eigenständigen Rechten und Bedürfnissen. Damit geht auch einher, dass wir heute nicht auf Kosten der Zukunft unserer Kinder leben dürfen.“

Anke Fuchs, Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung und ehemalige Schirmherrin der National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland: „Die derzeitige Ausgestaltung der Familienpolitik in Deutschland bevorzugt nach wie vor gutverdienende Familien und verheiratete Familienkonstellationen [...] Das familienpolitische Instrumentarium muss zukünftig so ausgestaltet werden, dass es sozial gerecht ist und insbesondere Kindern aus sozial und ökonomisch benachteiligten Familien unterstützt und damit nachhaltig eine Verringerung von Kinderarmut bewirken kann.“

Dr. Dieter Hundt, Arbeitgeberpräsident: „Kindern Chancen geben – das verlangt aus Sicht der Arbeitgeber eine gezieltere frühkindliche Bildung für alle, eine optimale Schulbildung für jeden und einen besseren Übergang in die Ausbildung, in der die Unternehmen junge Menschen in die berufliche Wirklichkeit und die „Erwachsenenwelt“ integrieren.“

Prof. Dr. Lothar Krappmann, Mitglied des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes: „Auf allen Ebenen der politischen Gestaltung des Gemeinwesens sind Instanzen erforderlich, die die Umsetzung von Kinderrechten kontrollieren, insbesondere ihre aktive Beteiligung, Verletzungen ihrer Rechte überwachen und gegebenenfalls Abhilfen schaffen.“

Emily May-Büning und Falko Mohrs, UN-Jugenddelegierte: „In Deutschland gibt es nach wie vor große Defizite, was die Einbeziehung von Kindern- und Jugendlichen in politische Entscheidungen angeht. In einigen Bundesländern wurde das kommunale Wahlrecht auf 16 gesenkt, das ist gut - aber noch lange nicht genug. Gerade in Anbetracht des Demographischen Wandels in Deutschland ist es dringend erforderlich, dass in unserem politischen System mehr effektive Mitsprachemöglichkeiten für Kinder und Jugendliche geschaffen werden und zwar nicht nur auf Kommunal-, sondern auch auf Landes- und Bundesebene.“

Cristian Petry, Geschäftsführer der Lindenstiftung für vorschulische Erziehung: „Als Sofortmaßnahme müssen in den nächsten drei Jahren eingeleitet werden: Eine Verdoppelung der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder im Alter unter drei Jahren und der Ausbau aller Grundschulen zu Einrichtungen, in denen Ganztagesbetreuung gesichert ist.“

Albert Riedelsheimer, Vertreter des Koordinierungskreises des Forums Menschenrechte, Separated Children Deutschland e.V. und Barbara Dünnweller, Sprecherin der AG Kinderrechte im Forum Menschenrechte und Kindernothilfe e.V.: „Es gibt eine Wechselwirkung zwischen Umweltzerstörung und Armut. Unter den Folgen von Umweltzerstörung leiden die Armen in den ärmsten Ländern in besonderem Maße. Armut verschärft und beschleunigt die Zerstörung der Umwelt. Es besteht auch ein enger Zusammenhang zwischen der Armutssituation in den Ländern des Südens und den vorherrschenden Konflikten und Kriegen. Als Folge davon suchen Kinder und Jugendliche, oftmals ehemalige Kindersoldaten, Zuflucht in Deutschland. Flüchtlingskinder genießen nicht die gleichen Rechte wie deutsche Kinder. Die Rahmenbedingungen für Flüchtlingskinder müssen unverzüglich geändert werden.“

Marlene Rupprecht, MdB: „Das wichtigste Entwicklungsziel: Inklusion statt Integration [...] Nichts über uns ohne uns“: Dieser Slogan einer europaweiten Kampagne könnte auch der Leitspruch inklusiver Kinder- und Jugendpolitik sein. Ich bin überzeugt davon, dass wir nur dann kinder- und jugendgerechte Lösungen finden, wenn wir diejenigen fragen, die es betrifft.“

Ellena Schubert, ehemalige Kinderdelegierte Weltkindergipfel 2002 in New York: „Kinder sollten in guter Gesundheit aufwachsen. Zum einen entsteht hierdurch die Notwendigkeit, dass die Krankenkassen - auch die gesetzlichen - sich bereit erklären für Kinder sämtliche Kosten zu tragen und Eltern wichtige Vorsorgeuntersuchungen nahelegen, sie aber auch entsprechend über Vor- und Nachteile dieser zu informieren. Hierbei ist es mir wichtig anzufügen, dass auch homöopathische und andere heilpraktische Methoden abzurechnen sind, präventive Maßnahmen, wie Sport, sollten ebenfalls bezuschusst werden. Vorsorge sollte über die vorgeschriebenen 10 Untersuchungen hinausgehen und auch eine gesunde Lebensart fördern.“

Alexander Wegner, G8-UNICEF: „Als junger Mensch erkenne ich vor allem in den Bereichen Bildung, Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit Perspektiven. Zum Fundament einer jeder Gesellschaft gehört zweifellos eine bestmöglich (aus-)gebildete Gesellschaft, die sich der Rolle künftiger Generationen und somit dem hohen Stellenwert nachhaltiger Entwicklung bewusst ist. Eben dieses Bewusstsein wird neben der Umwelt auch der Gesellschaft als Ganzes und auch der Wirtschaft zu Gute kommen. In einer solchen Umgebung, für deren Umsetzung die Millenniumsentwicklungsziele einen entscheidenden Ansatz darstellen, von der die Weltgemeinschaft als solche aber dennoch weit entfernt ist, in einer solchen Umgebung wird ein jedes Kind realistische Chancen auf die Verwirklichung seiner Rechte vorfinden. Wir sollten uns dennoch keine Illusionen machen, eine solche Umgebung setzt ein hohes Maß an Bewusstsein und vor allem globaler Kooperation voraus.“